

Rahel Černá-Willi

Europas Zusammenhalt fördern

Der Artikel geht er der Frage nach, wie und was Kirchen und kirchliche Initiativen wie G2W zum Zusammenhalt Europas beitragen können. Es handelt sich dabei um die überarbeitete Fassung eines im Jahresbericht 2010 von G2W publizierten Positionspapiers über Auftrag und Ziele des Instituts, wie sie in den Statuten des Trägervereins festgeschrieben sind.

Als das Institut G2W 1972 gegründet wurde, war die politische und gesellschaftliche Situation Europas eine gänzlich andere als heute: Der Eiserner Vorhang trennte den Kontinent in zwei Teile, die sich politisch und ideologisch feindlich gegenüber standen. Die erste Fassung der Vereinsstatuten legte damals als Auftrag des Instituts die «Dokumentation, Information und Forschung über den religiösen Glauben in der Zweiten Welt» fest. Zehn Jahre später wurde dieser ausgeweitet und präzisiert: 1982 wurde als Ziel die «Hilfe für bedrängte Menschen und Kirchen durch Vermittlung von Informationen über ihre Verhältnisse» genannt. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Regime wurde dann der bis heute gültige Vereinsauftrag formuliert, der von der Mitgliederversammlung am 20. April 1991 verabschiedet wurde: «Der Verein fördert durch seine Informations- und Projektarbeit das Zusammenwachsen Europas und die konfessionelle Verständigung.»

Neue Herausforderungen

Fast 40 Jahre nach der Gründung von G2W können die Christinnen und Christen in den osteuropäischen Ländern ihren Glauben frei leben. Eine politische Trennung Europas besteht nicht mehr; durch die Öffnung der Grenzen stehen dem Austausch zwischen den Teilen Europas theoretisch keine Hindernisse mehr im Weg. Insbesondere mit den osteuropäischen Ländern, die inzwischen der EU beigetreten sind, hat sich der Austausch zwischen Einzelpersonen und Institutionen erfreulich intensiviert. Jedoch bestehen selbst innerhalb dieser europäischen «Austauschzone» große wirtschaftliche Unterschiede, was nicht selten zu unterschiedlichen Vorstellungen von solidarischem Miteinander in Ost und West und zu Enttäuschungen auf beiden Seiten führt.¹ Häufig noch schlechter – und zumeist auf wenige Akteure beschränkt – ist es um den Dialog mit den Nicht-EU-Ländern bestellt: mit Russland und den GUS-Staaten sowie mit den Staaten des Westbalkans. Finanzielle und administrative Hürden machen eine direkte Kommunikation schwierig. Auf beiden Seiten bestehen nach wie vor Vorurteile, die durch eine oft lückenhafte oder tendenziöse Medienberichterstattung zementiert werden. Russland etwa wird in westlichen Medien auf die Aussagen einiger weniger Politiker reduziert; Staaten wie Serbien oder Albanien häufig mit dem Herkunftsort von Kriminellen gleichgesetzt.

Die Öffnung der Grenzen hat sich auch deutlich auf die ökumenische Zusammenarbeit – auf den Dialog zwischen den orthodoxen Kirchen und den westlichen Konfessionen – ausgewirkt. Vordergründig mag dabei der Eindruck entstehen, dass aufgrund einer Vielzahl von offenen Meinungsverschiedenheiten der ökumenische Dialog zusehends in eine Sackgasse gerät. Beredtes Beispiel für die Schwierigkeiten sind die Verstimmungen zwischen der Russischen Orthodoxen Kirche und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) anlässlich der Wahl von Margot Käßmann zur Ratsvorsitzenden der EKD (s. G2W 2/2010, S. 6f.), als von russischer Seite die «prinzipielle Frage nach der Möglichkeit des Dialogs in der bisherigen Form» aufgeworfen wurde. Trotzdem ist es (zumindest bis anhin) nicht zu

einem offiziellen Abbruch dieses Dialogs gekommen. Letztlich zeugen die stärkeren Spannungen eher davon, dass der Dialog nun endlich offen und «auf Augenhöhe» geführt werden kann. Treffend formuliert hat dies unlängst in G2W die evangelische Theologin Dagmar Heller, die feststellt, mittlerweile könne «es sich keine Kirche leisten, den Dialog abubrechen, [sind doch dazu die] Verbindungen auf allen Ebenen viel zu stark» (s. G2W 9/2010, S. 17). Dennoch steht außer Frage, dass der ökumenische Dialog zwischen den westlichen und östlichen Kirchen intensiver Förderung bedarf, wenn es nicht zu verstärkten gegenseitigen Abgrenzungsprozessen kommen soll.

Ebenso wie Russland als Land in seiner Vielschichtigkeit kaum bekannt ist, so wird auch die Russische Orthodoxe Kirche – die zahlenmäßig größte orthodoxe Landeskirche, deren Arbeit den ökumenischen Dialog naturgemäß stark beeinflusst – nach wie vor oft pauschalisierend dargestellt. Das liegt auch daran, dass viele Probleme, mit denen sich die russische Gesellschaft und mit ihr die Russische Kirche heute konfrontiert sehen, bei uns kaum bekannt sind.

Unbekanntes Russland

Das Bild Russlands, das uns in den Medien begegnet, ist häufig dasjenige eines gewichtigen *global players*, der den europäischen Erdölmarkt kontrolliert und Großveranstaltungen wie die olympischen Spiele «Sochi 2014» oder die Fußballweltmeisterschaft 2018 organisieren kann. Andererseits zeigen die Berichte über den mit großem medialem Echo verfolgten Chodorkowski-Prozess, wie dysfunktional das gegenwärtige Justizsystem Russlands ist. Der Jurist Otto Luchterhandt ging diesbezüglich sogar soweit, das Urteil gegen Chodorkowski als «Dokument des Rechtsnihilismus» zu bezeichnen.² Trotzdem erscheint Russland im Tenor der westlichen Berichterstattung zumeist als ein Staat, der eigentlich keiner Unterstützung bedarf. Deshalb besteht wenig Bereitschaft, die Arbeit von Akteuren wie G2W zu unterstützen, die einen Blick hinter die geschönte offizielle Fassade vermitteln.

Übersehen wird zudem oft, dass der Großteil der russischen Bevölkerung in prekären Verhältnissen lebt: Anfang 2008 gaben 43% der Befragten in einer repräsentativen Umfrage an, sie könnten sich langlebige Konsumgüter nicht leisten.³ Kurz darauf erreichte die Finanz- und Wirtschaftskrise Russland mit voller Wucht. Mittlerweile dürfte daher der Prozentsatz noch deutlich höher liegen. Die prekären Lebensumstände werden durch die Dysfunktionalität der staatlichen Sozialsysteme noch zusätzlich verstärkt. Korruption ist in Russland allgegenwärtig (gemäß den Erhebungen von Transparency International befindet sich Russland unter den 178 Staaten auf Rang 154⁴). Korruption stellt auch im Sozial- und Gesundheitsbereich ein ernstes Problem dar, da zufriedenstellende Dienstleistungen nur denjenigen zur Verfügung stehen, die finanziell gut situiert sind.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass sich nur ein kleiner Teil der russischen Bevölkerung für zivilgesellschaftliche oder soziale Initiativen einsetzt. Für die Mehrheit

der Bevölkerung ist eher die Sorge um die eigene Absicherung vordringlich. Dennoch gibt es in Russland mittlerweile viele – durchaus erfolgreiche – Initiativen, die sich für eine solidarische Gesellschaftsordnung einsetzen und Menschenrechtsverletzungen anprangern, darunter auch viele kirchliche Initiativen. Die Diakonie der Russischen Orthodoxen Kirche leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung eines funktionierenden Sozialsystems. Kirchliche wie nicht-kirchliche zivilgesellschaftliche Initiativen haben jedoch in Russland mit großen finanziellen und administrativen Schwierigkeiten zu kämpfen, da der Staat die Anbieter sozialer Dienstleistungen eher behindert als unterstützt. Selbst Einrichtungen, welche Lücken des staatlichen Sozialsystems stopfen oder zumindest abfedern (etwa die von G2W unterstützte Präventionsarbeit im Drogenbereich, s. den Projektbericht, S. 28-29), können nur selten auf finanzielle Unterstützung von staatlicher Seite zählen. Ein ernsthaftes Problem ist weiterhin, dass selbst Fachleute – etwa Drogenfachärzte – kaum substantielle Veränderungen erwirken können, sofern sie nicht in die staatliche Hierarchie integriert sind. Da ihre karitative Tätigkeit rechtlich nicht geregelt ist, kann ihnen jederzeit die Tür gewiesen werden. Eine Herausforderung stellen auch die Vorurteile dar, denen sich zivilgesellschaftliche Initiativen (darunter auch diakonische Angebote der Kirche) konfrontiert sehen: Ihre Arbeit wird oft als blind «importiertes» westliches Gedankengut diskreditiert, wobei «westlich» zumeist synonym für «dekadent» oder gar «zerstörerisch» gebraucht wird.

Austausch fördern

Damit Europa wirklich zusammenwächst, müssen nicht nur die politischen Grenzen durchlässig werden, sondern auch Mauern ganz anderer Art überwunden werden. Gegenseitige Vorurteile und soziale (bzw. finanzielle) Ungleichgewichte sind abzubauen, damit ein echter Dialog entstehen kann – im politischen ebenso wie im kirchlichen Bereich.

Hierzu soll die Arbeit von G2W beitragen: Durch die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen kirchlicher und nichtkirchlicher Träger in Russland und vereinzelt auch in anderen osteuropäischen Staaten verhindern wir, dass die Verlierer des Transformationsprozesses an den Rand gedrängt werden und das Interesse am Dialog verlieren. Die Informationsarbeit unserer Zeitschrift trägt dazu bei, dass die Komplexität gesellschaftlicher Prozesse wahrgenommen wird und leistet einen Beitrag zur Förderung des europäischen Zusammenhalts. Der Forschungsbericht des Schweizerischen Nationalfonds zur «Rolle der Massenmedien im Zusammenprall der Kulturen» von 2009 empfiehlt «den Religionsgemeinschaften, mit den Medien eine Kultur des Dialogs zu etablieren. Den Journalisten rät

sie, ihre Kenntnisse über religiöse Themen zu verbessern», wenn das Konfliktpotential, das der Pluralisierung der religiösen Zusammensetzung der Schweizerischen Bevölkerung innewohnt, neutralisiert werden solle.⁵ – Besser lässt sich die Aufgabe, der sich die Zeitschrift G2W schon seit vielen Jahren widmet, wohl kaum umreißen.

Ein gutes Beispiel für die Vernetzung von Informations- und Projektarbeit und für einen echten Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher konfessioneller und staatlicher Herkunft lieferte unsere Tagung im Mai 2010 zum Thema «Diakonie und Sozialarbeit der Russischen Orthodoxen Kirche im Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft». Diesem Thema war auch die Nr. 4/2010 der Zeitschrift G2W gewidmet. Zwei langjährige Projektpartner aus St. Petersburg, die Priester Vladimir Chulap und Alexander Stepanov, diskutierten mit Vertretern diakonischer Einrichtungen aus der Schweiz über die Herausforderungen an die Diakonie in Russland, wo es durch deren jahrzehntelanges Verbot vor allem an einer Tradition des gesellschaftlichen Engagements fehlt. Daher sei der Erfahrungsaustausch mit ausländischen Diakoniefachleuten wichtig, auch wenn ein bloßes Übernehmen ausländischer Strukturen nicht zum Ziel führen könne. Vielmehr gelte es, eine spezifische, in der theologischen Tradition der russischen Orthodoxie verankerte Form des diakonischen Handelns zu entwickeln, die den Bedürfnissen der russischen Gesellschaft entspreche. – Im Laufe der Diskussion wurde deutlich, dass der Austausch über Formen der Diakonie jedoch durchaus auch für die westlichen Partner von Interesse ist, da das Engagement der kirchlichen Freiwilligen in Russland weitaus größeres Gewicht hat als in diakonischen Einrichtungen westlicher Kirchen. Gerade im «Europäischen Freiwilligenjahr 2011» könnte hier ein Ansatz für eine Intensivierung des Dialogs liegen.

*

Ein Auftrag wie derjenige des Instituts G2W mag wenig medienwirksam sein. Mit der Förderung des intellektuellen Austauschs lassen sich keine großen Schlagzeilen machen, zumal der Ausgang eines Dialogs stets offen ist. Dennoch sind die entsprechenden Foren wichtig, weil sie das Fundament für ein stabiles, solidarisches Europa darstellen, in dem religiöse Pluralität als Reichtum und nicht als Bedrohung angesehen wird. Insofern ist der Auftrag von G2W, das Zusammenwachsen Europas zu fördern, nach wie vor aktuell.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Kovács, János Mátyás: Östliches Ressentiment – westliche Indifferenz. Solidaritätsdiskurse in der Europäischen Union. In: Amosinternational 3, 4 (2009), S. 35-42. Die Autoren des Jahrbuchs Gerechtigkeit IV (s. Buchbesprechung, S. 30) gehen sogar soweit, im Untertitel von einer «neuen Spaltung von Ost und West» zu reden.
- 2) Luchterhandt, Otto: Der zweite JUKOS-Strafprozess gegen Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew. In: Russland-Analysen Nr. 214 (2011), S. 2-5; www.laenderanalysen.de/russland.
- 3) Umfrageergebnisse des Levada-Instituts, publiziert in: Russland-Analysen 173 (2008), S. 14; www.laenderanalysen.de/russland.
- 4) Angaben nach «Länderrankings zu Korruption im Geschäftsumfeld». In: Russland-Analysen 210 (2010), S. 12; www.laenderanalysen.de/russland.
- 5) Schlussbericht des Forschungsprojektes «Rolle der Massenmedien beim Zusammenprall der Kulturen» im Rahmen des Schweizerischen Nationalen Forschungsprogramms 58 «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft»; publiziert auf <http://www.nfp58.ch>.



Priester Vladimir Chulap (links) und Erzpriester Alexander Stepanov (rechts) sprachen an der G2W-Jahresversammlung 2010 über die Herausforderungen an die diakonische Arbeit in Russland.